



Robert Castel

DIE KRISE DER ARBEIT

Neue Unsicherheiten und
die Zukunft des Individuums



Hamburger Edition
Hamburg
1996

ROBERT CASTEL

Die Krise der Arbeit

**Neue Unsicherheiten und die Zukunft
des Individuums**

Aus dem Französischen von Thomas Laugstien

HAMBURGER EDITION

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.Hamburger-Edition.de

© E-Book 2011 by Hamburger Edition
E-Book-Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde
ISBN: 978-3-86854-524-1

© der deutschen Printausgabe 2011 by Hamburger Edition
ISBN: 978-3-86854-228-8

© der Originalausgabe 2009 by Éditions du Seuil
Titel der Originalausgabe: »La montée des incertitudes.
Travail, protections, statut de l'individu«
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns
Satz: Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	
Eine »große Transformation«	9
ERSTER TEIL	
Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse	55
1. Arbeit zwischen Knechtschaft und Freiheit. Die Bedeutung des Rechts	57
2. Worin liegt die Bedeutung der Arbeit?	76
3. Umgestaltung oder Neubegründung des Arbeitsrechts?	98
4. Haben Jugendliche ein anderes Verhältnis zur Arbeit?	113
5. Jenseits der Lohnarbeit oder diesseits des Arbeitnehmerstatus? Die Institutionalisierung des Prekariats	128
ZWEITER TEIL	
Der Umbau der Sozialsysteme	149
6. Im Namen des Sozialstaats	151
7. Die Sozialarbeit in der Entwicklung des Sozialstaats	180
8. Was ist soziale Sicherheit? Die sozio-anthropologische Dimension sozialer Sicherung	199
9. Liberaler oder linker Reformismus?	219
DRITTER TEIL	
Die Wege der Entkoppelung	239
10. Der Roman der Entkoppelung. Über »Tristan und Isolde«	241
11. Die Marginalisierten in der Geschichte	263
12. Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs	276

13. Warum die Arbeiterklasse den Kampf verloren hat	294
14. Bürgerschaft und Alterität. Die Ungleichbehandlung der ethnischen Minderheiten in Frankreich	309
Schluss	
Die Herausforderung, ein Individuum zu werden.	
Entwurf einer Genealogie des hypermodernen Individuums	327
Dank	
Bibliografie	371
Personenregister	380

VORBEMERKUNG

Dieser Band beruht auf einer Auswahl von Texten aus den Jahren 1995 bis 2008. Wie zu Beginn der einzelnen Kapitel angemerkt, wurde die Hälfte von ihnen für die vorliegende Veröffentlichung mehr oder weniger gründlich überarbeitet. Soweit es sich nicht um hinzugefügte Postskripta handelt, erfolgte diese Überarbeitung aber unter Berücksichtigung des Zeitpunkts der Erstveröffentlichung und unter Verzicht auf die Einführung späterer Fakten und Daten. Der Schluss nimmt zwar auf frühere Texte zur Frage der Individualisierung Bezug, wurde aber wie die Einleitung vollständig zum Zweck einer Gesamtdarstellung verfasst.

Eine »große Transformation«

»Die Gesellschaft verliert ganz allmählich ihr Morgen.«¹ Das Wort von Paul Valéry bezieht sich auf das Königreich Frankreich zur Zeit Montesquieus, vor 1789. Wir befinden uns heute aller Wahrscheinlichkeit nach nicht am Vorabend einer Revolution, und die französische Gesellschaft ist nicht mehr die des 18. Jahrhunderts, deren Konvulsionen schwere Schatten vorauswarfen und große Hoffnungen weckten. Wir könnten aber vielleicht »unser Morgen verlieren«. Ich will damit sagen, dass sich in den letzten dreißig Jahren in der Art und Weise, wie wir uns die Zukunft vorstellen und sie bewältigen können, ein beträchtlicher Wandel vollzogen hat.

Noch zu Beginn der 1970er Jahre stand dieses Morgen im Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts, für manche sogar revolutionärer Zukunftsmusik. Wir schienen uns in einer aufsteigenden Entwicklung zu befinden, die sich mit wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlicher Vervollkommnung verband. An den gesellschaftlichen Fortschritt zu glauben heißt anzunehmen, dass morgen alles besser sein wird und dass man sich schon heute aktiv auf diese Verbesserung einstellen kann. Gesellschaftlicher Fortschritt ist in dieser Hinsicht mehr als nur eine teleologische Geschichtskonstruktion. Für die sozialen Subjekte wird er in den konkreten Vorhaben erfahrbar, die sie tagtäglich im Blick auf eine bessere Zukunft in Angriff nehmen. Das bedeutet zum Beispiel, dass ich als Arbeitnehmer heute einen Kredit mit zehn oder zwanzig Jahren Laufzeit für eine Eigentumswohnung aufnehmen kann, weil ich ihn durch mein Gehalt schon jetzt abzahlen kann und weiß, dass dieses Einkommen in zehn oder zwanzig Jahren noch höher sein dürfte. Oder dass ich zwar nur einen einfachen Schulabschluss habe und meine soziale Lage nicht wesentlich verbes-

1 Valéry, »Montesquieu«, S. 227.

sern kann, meine Kinder aber viel weiter kommen, so dass ich schon jetzt ihr Studium plane und weiß, dass es ihnen beruflich bessergehen wird als mir. In den 1960er Jahren und noch zu Beginn der 1970er hat sich die große Mehrheit der Franzosen ihre Zukunft und die ihrer Familie so vorgestellt und ihr Leben auf der Grundlage dieser Überzeugungen führen können.

Heute sind sehr viel weniger der Meinung, dass morgen alles besser sein wird. Die meisten nehmen sogar das Gegenteil an. Nach dem Eurobarometer von 2006 befürchten 76 Prozent der Franzosen (die Europas größte Pessimisten sind), dass es ihren Kindern vergleichsweise schlechtergehen wird. Louis Chauvel hat in einer Untersuchung, die systematisch den Generationenfaktor berücksichtigt, festgestellt, dass die jetzt heranwachsende Generation »durchschnittlich weniger günstige Lebensumstände als die ihrer Eltern erwarten darf«.² Man könnte alle möglichen Indizien anführen, die darauf hindeuten, dass wir nach einer anhaltenden Periode beträchtlicher Aufstiegsmobilität in eine der Abstiegsmobilität geraten sind.

Man hat zur Bezeichnung der ersten Auswirkungen dieses Wandels, der sich in allen Lebensbereichen niederschlug, zunächst von einer »Krise« gesprochen. Man hat sie anfangs als vorübergehend begriffen und ihre Ursachen in relativ zufälligen Ereignissen wie dem Ölpreisschock von 1973 gesucht. Nach und nach hat sich aber gezeigt, auch wenn man sich dessen nur langsam bewusst wurde, dass es keine bloß zeitweiligen Turbulenzen waren, dass es nicht damit getan war, den Gürtel enger zu schnallen und auf den »Aufschwung« zu warten. Tatsächlich – und das können wir heute besser begreifen – ist das, was sich in diesen dreißig Jahren vollzogen hat, ein Systemwandel des Kapitalismus. Wir haben den Industriekapitalismus hinter uns gelassen und sind bei einem neuen Regime des Kapitalismus angelangt, das es weniger zu benennen³ als vielmehr zu begreifen gilt, was seine Auswirkungen auf die Produktions- und Austauschbedingungen und auf die unter dem Industriekapitalismus durchgesetzten Regulationsformen betrifft.

2 Chauvel, *Les Classes moyennes à la dérive*, S. 74.

3 Als eine Version, die die innovativsten Merkmale dieses Umbruchs (die wachsende Bedeutung der immateriellen Arbeit und der Dienstleistungsökonomie im Zuge der Hegemonie des internationalen Finanzkapitals) betont, vgl. Moulier Boutang, *Le Capitalisme cognitif*.

In diesem Sinne können wir von einer »großen Transformation« sprechen, die in ihrem Ausmaß mit derjenigen vergleichbar ist, die Karl Polanyi anhand der Periode der Einführung des Industriekapitalismus in Westeuropa untersucht hat.⁴

Niemand kann heute eine allgemeine Theorie dieser Transformation oder Mutation vorlegen wollen, schon deshalb nicht, weil sie im vollen Gang ist und ihre Implikationen noch längst nicht vollständig entfaltet hat. Wir können aber ihre Grundtendenzen herausarbeiten und eine vorläufige Einschätzung ihrer Auswirkungen in einigen wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereichen versuchen. In meinem 1995 erschienenen Buch »Die Metamorphosen der sozialen Frage« habe ich aufgrund von Daten, die bis Mitte der 1990er Jahre galten, eine erste Bilanz dieser Art vorge schlagen.⁵ Heute scheinen mir gewisse Aktualisierungen, Weiterführungen oder auch Korrekturen am Platz. Ich stelle deshalb in dieser Einleitung die Gesamtdynamik dieses entscheidenden Umbruchs dar, den wir heute erleben. In den nachfolgenden Kapiteln greife ich, teilweise vertiefend und weiterführend, auf ein gutes Dutzend von seit 1995 veröffentlichten Untersuchungen zurück, die sich, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, als ebenso viele Facetten darstellen, in denen dieser Wandel sich reflektierte. Man könnte sie auch als Chronologien einer »Krise« bezeichnen, wenn man darunter mit Claus Offe eine Situation versteht, »in der überkommene Institutionen und Selbstverständlichkeiten plötzlich fragwürdig werden, unerwartete Schwierigkeiten fundamentaler Bedeutung auftauchen, und in der offen ist, »wie es weitergeht«.⁶ Dass die Zukunft »offen ist« dürfte die kommenden Zeiten am besten charakterisieren. Jedenfalls ist es das, was ich mit diesen Ausführungen darlegen möchte.

4 Polanyi, *The Great Transformation* (1944).

5 Michel Kokoreff und Jacques Rodriguez (*La France en mutations*) haben neuerdings einen aufschlussreichen Überblick über die verschiedenen Formen der seit einem Vierteljahrhundert in Frankreich eingetretenen Veränderungen vorgelegt, der sich zeitlich mit meiner Untersuchungsperiode deckt.

6 Offe, *Arbeitsgesellschaft*, S. 7.

Der soziale Kompromiss des Industriekapitalismus

Wie Polanyi meisterhaft gezeigt hat, lassen sich Art und Umfang einer Transformation erst dann einschätzen, wenn man sie auf die von ihr umgewälzte Ausgangssituation bezieht. Ich will hier nur daran erinnern, wie diese Situation in den Jahren vor der ökonomischen Wende aussah. In Frankreich wird diese Periode, die bis in die Mitte der 1970er Jahre reicht, oft als die der »Trente Glorieuses«, der dreißig »goldenen« Nachkriegsjahre, bezeichnet. Dieser Begriff ist äußerst fragwürdig und mit verdächtigen Nostalgien verbunden. Von den Kolonialkriegen bis hin zu den verschärften sozialen Konflikten hat sich die französische Gesellschaft zwar modernisiert, blieb aber von starken Ungleichheiten und vielen Ungerechtigkeiten geprägt. Die fast aufrührerischen Streiks der ausgehenden 1940er Jahre oder die »Ereignisse« von 1968 sprechen zum Beispiel nicht für eine befriedete Gesellschaft, in der eine große Mittelschicht eine, wie manche sagten, »sich verbürgerlichende« Arbeiterklasse integriert und ihre Lebensweisen und demokratischen Werte auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnt hätte. Auch auf der intellektuellen Ebene war man von einem Konsens weit entfernt. Sie war eher, mit einem Begriff der damaligen Zeit, das Feld des »ideologischen Kampfes«, auf dem die verschiedenen Richtungen von Marxismus und kritischer Soziologie die Mystifikationen abstrakter Gesellschaftsbilder und naiver Fortschrittsgläubigkeit mit ihrer Verschleierung der sozialen Gegensätze, der institutionellen Gewalt und der Reproduktion der Ungerechtigkeiten anprangerten.⁷

7 Ich habe dieser Richtung angehört und halte ihre Kritik immer noch für fundiert. Sie hat die Grundlagen der Herrschaftsverhältnisse entlarvt, die, wie Pierre Bourdieu oder auf andere Weise Foucault sagt, gerade dann besonders wirksam sind, wenn sie sich durch wissenschaftliche Rationalisierungen oder abstrakten Humanismus verschleiern. Ein entscheidender Unterschied zur aktuellen Situation besteht darin, dass diese Kritik ihre Radikalität aus dem Glauben oder der Hoffnung auf eine globale Alternative zu den Herrschaftsverhältnissen bezog. Wenn man feststellen muss, dass diese Möglichkeit nicht mehr besteht, wird man allzu radikale Kritik dämpfen und dieselben Überzeugungen an realistischere Ziele anpassen müssen. Man wird also zum Reformisten. Das gilt es zu akzeptieren und gleichzeitig hinzuzufügen, dass es heute – und wir kommen darauf zurück – einen rechten und einen linken Reformismus gibt, die mit dem Wort »Reform« gegensätzliche Bedeutungen verbinden (siehe Kap. 9, »Liberaler oder linker Reformismus?«).

Bei allen nicht zu leugnenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten muss man aber hinzufügen, dass der entwickelte Industriekapitalismus am Ende seiner Periode zu einer *Regulation* dieser Ungleichheiten gelangt ist. Gerade in dieser Periode wird die Frage der Ungleichheit zum Kern der sozialen Frage. Denn sie zu stellen setzt voraus, dass sich die Lage der Individuen oder Gruppen anhand eines *Kontinuums von Positionen* miteinander vergleichen lässt. Die Positionen von Herren und Sklaven oder von Grundbesitzern und Leibeigenen sind nicht eigentlich ungleich, sondern nicht zu vergleichen. Diese Ungleichheiten sind so gewaltig, dass sie als unabänderliche Naturgegebenheiten erscheinen. Noch in den Anfängen der Industrialisierung sind die Situationen von Proletariern und Arbeitgebern weniger ungleich als vielmehr unvergleichbar gewesen, und zwar in jeder nur möglichen Hinsicht, sowohl in ihrem Einkommen wie auch in ihrem Konsum, ihrem Lebensstil, ihrer Bildung, Kultur oder Freizeit.

Damit sich die Frage der Ungleichheiten – und ihrer Beseitigung – stellt, darf die Gesellschaft also nicht mehr in gegensätzliche Blöcke zerfallen, zwischen denen es nur ein Verhältnis der vollständigen Unterordnung unter das Bestehende oder eines der radikalen Konfrontation zum Zwecke seiner vollständigen Veränderung geben kann. Man sieht es daran, dass die revolutionären Richtungen der Arbeiterbewegung die Bemühungen für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse immer als »reformistisch«, als Formen von Verzicht oder sogar Verrat bekämpft haben: Es ging ihnen nicht um begrenzte Fortschritte, die die Arbeiter ruhiggestellt hätten, sondern um die grundlegende Veränderung ihrer Situation. Die Frage der Ungleichheiten zu stellen setzt die Überwindung dieser Klassenkonfrontation voraus. Das ist eine lange Geschichte, die sich mit vielen Wendungen vollzog.⁸ Sie endet damit, dass sich die Gesellschaft durch ein Kontinuum von Einkommenspositionen organisiert, die sich unterscheiden und gleichzeitig einen Zusammenhang bilden. Das ist die Struktur der *Arbeitsgesellschaft*. Wie es Michel Aglietta formuliert, der diese Gesellschaftsform als Erster in ihren Grundzügen vom Standpunkt der Regulationsschule analysiert hat: »In einer Arbeitsge-

⁸ Siehe Kap. 13, »Warum die Arbeiterklasse den Kampf verloren hat«.

sellschaft zirkuliert alles, alle messen und vergleichen sich«⁹ – aber aufgrund der *Ungleichheit der Positionen*.

Die Arbeitsgesellschaft funktioniert also durch *Unterscheidung*, um diese von Bourdieu starkgemachte analytische Kategorie zu verwenden.¹⁰ Denn die von ihr in Gang gesetzte Dialektik der Differenzierung ist nicht nur zwischen den Individuen wirksam. Der Unterscheidungsprozess spielt sich zwischen den großen, einheitlichen sozioprofessionellen Gruppen ab, die aufgrund ihrer Stellung innerhalb der Arbeitsteilung die Arbeitsgesellschaft bilden. Jede von ihnen vergleicht sich mit den anderen, um den Status der nächsthöheren zu erreichen und sich von der unter ihr rangierenden abzusetzen. Wir befinden uns also nicht mehr in einer Logik des Klassengegensatzes, sondern in einer der Konkurrenz von Berufsgruppen, auch wenn diese im Falle eines verschärften Konflikts (zum Beispiel in großen Streiks wie denen des Mai 1968) Bündnisse eingehen und eine gewisse Einheit der Arbeitnehmerschaft wiederherstellen können, die dann die Form eines Klassengegensatzes annimmt.

Dieser Prozess vollzieht sich mittels der Tarifverhandlungen zwischen den »Sozialpartnern«. Hauptziel ist die »Aufteilung« des Wachstumskuchens.¹¹ Jede sozioprofessionelle Gruppe kann sich etwas verbessern und ist dabei aus ihrer Sicht in der Regel zu kurz gekommen. Sie kann sich aber auch sagen, dass die Karten in sechs Monaten oder nach einem Jahr neu verteilt werden und dass sie dann mehr bekommt, weil wieder »etwas auf dem Tisch liegt«.¹²

Die Ungleichheiten können damit erträglich wirken, weil sie nicht festgeschrieben sind. Es wirkt sozusagen ein *Prinzip der aufgeschobenen Befriedigung*, das jede Gruppe auf längere Sicht mit einer Verbesserung rechnen lässt. Aktuell wird damit die Radikalität der Konflikte entschärft (es geht nie um alles oder nichts), und man kann sogar erwarten, dass die Ungleichheiten irgendwann

9 Aglietta/Brender, *Les Métamorphoses de la société salariale*.

10 Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*.

11 Darras, *Le Partage des bénéfiques*.

12 Das Wort (*«il y du grain à moudre»*) stammt vom damaligen CGT/FO-Generalsekretär André Bergeron. Und es lag »etwas auf dem Tisch«: von 1953 bis 1975 haben sich in Frankreich Produktivität, Konsumausgaben und Löhne bei jährlichen Wachstumsraten von 5 bis 6 Prozent nahezu verdreifacht.

ganz beseitigt werden. Weil es morgen besser wird, braucht man nicht auf das letzte Gefecht zu warten, und jede soziale Gruppe kann jetzt schon zusehen, dass sie ihre Lage verbessert und das Erreichte sichert – ein wachstumsabhängiges Einkommen, das nicht unter den Sozialhilfesatz rutscht, ein Arbeitsrecht, das der Arbeitgeberwillkür zunehmend Grenzen setzt, ein soziales Netz, das bei den hauptsächlichen Wechselfällen des Lebens wie Krankheit, Unfällen oder dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess (Ruhestand) schützt.¹³

So funktioniert der »soziale Kompromiss« des Industriekapitalismus. Das Wort »Kompromiss« soll keinen faulen Konsens suggerieren, bei dem sich die »Sozialpartner« vors Schienbein treten. Man hört zwar im Hintergrund, mit Foucault gesprochen, das »Donnerrollen der Schlacht«. Doch die manchmal sehr harten Konflikte, die Streiks und auch der Rückgriff auf revolutionäre Parolen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es einen grundsätzlichen Kompromiss zwischen gegensätzlichen Interessen gibt. Auf Seiten des Kapitals bleiben die Produktionsverhältnisse bestehen, die Lohnarbeit wird nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil ausgedehnt und als ein Abhängigkeitsverhältnis etabliert, dem sich die Arbeitswelt fügen muss. Auf Seiten der Arbeitswelt hat sich aber die Arbeitnehmerlage konsolidiert, und sie wird heute von Absicherungen strukturiert und flankiert. Man könnte sogar sagen, dass der Arbeitnehmer nicht mehr nur für seinen Arbeitgeber arbeitet, weil ein Teil seines Arbeitsprodukts (der »indirekte Lohn«) seine soziale Sicherheit finanziert.

13 Ein junger Arbeiter aus den 1960er Jahren weiß zum Beispiel, wenn er nicht allzu naiv ist, dass er den jungen Angestellten neben ihm nicht »einholen« kann, weil die am Ende ihrer Laufbahn erzielte Verbesserung den Abstand in etwa aufrechterhält. Er kann aber bei einem jährlichen Lohnzuwachs in der Größenordnung von 3,5 Prozent davon ausgehen, dass sich seine Kaufkraft in zwanzig Jahren verdoppelt hat und dann der des heutigen Angestellten entspricht. Für 2006 hat Louis Chauvel demgegenüber berechnet, dass der Arbeiter (selbst wenn man die größere Gefahr von Arbeitslosigkeit und Prekarisierung beiseitelässt) 140 Jahre lang für diese Verbesserung arbeiten müsste, die er sich in den 1960er Jahren nach Jahren erhoffen konnte (vgl. Chauvel, *Les Classes moyennes à la dérive*). Die Ungleichheiten können also ganz unterschiedlich erlebt werden, je nachdem, ob sie wie in den »Trente Glorieuses« zu einer Wachstumsentwicklung gehören oder sich, wie dies heute der Fall ist, unweigerlich zu reproduzieren oder zu verschärfen scheinen.

Politisch handelt es sich um eine reformistische Antwort auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit, so wie ihn der Marxismus verstand. Die Revolution fand zumindest in Westeuropa nicht statt. Offenbar hat sie sich durch diesen Kompromiss erübrigt, und man glaubt immer weniger daran, dass sie eines Tages kommen könnte.¹⁴ Der zum Arbeitnehmer im Angestelltenverhältnis gewordene Proletarier hat mittlerweile mehr zu verlieren als nur seine Ketten. Die Lohnarbeit bleibt zwar mit ihren Abhängigkeits- und auch Ausbeutungsverhältnissen bestehen, hat sich aber substantiell verändert. Man vergleiche nur die Situation eines Proletariers in den Anfängen des Industriekapitalismus, der von der Hand in den Mund lebte, in Elend und beständiger Unsicherheit, mit derjenigen der großen Mehrheit der Arbeitnehmer in der Blütezeit dieses Industriekapitalismus, in den 1960er Jahren und Anfang der 1970er Jahre.¹⁵ Der Arbeitnehmer ist nicht zum Herrn der Welt geworden, nicht einmal zum Herrn seiner eigenen Lage. Er ist aber mit seinesgleichen zum Fundament einer Arbeitsgesellschaft geworden, die ihm und seiner Familie wie auch dem größten Teil der Gesellschaft die Grundvoraussetzungen wirtschaftlicher Unabhängigkeit und umfassender sozialer Sicherheit garantiert. Damit hat sich die Lage der Lohnabhängigen grundlegend gewandelt.¹⁶

14 Man kann nicht genau sagen, wann der Glaube an die Revolution grundsätzlich verloren ging (wenn er überhaupt jemals verloren geht, weil er zumindest im Imaginären stets weiterbestehen kann). Es scheint sich um einen unabhängigen Prozess zu handeln, der aber nicht linear verläuft. Das Jahr 1968 dürfte ein Wendepunkt sein. Die 68er-Agitationen wurden von einer aufflammenden Revolutionsrhetorik begleitet, die auf breiter Front das Klassenkampfdenkmal wiederaufleben ließ. Gleichzeitig haben aber die gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter und die Kommunistische Partei energisch den »Linksradikalismus« bekämpft und sich für die reformistische Option entschieden, die den Arbeitnehmern (mit den Abkommen von Grenelle, einem guten Beispiel für den sozialen Kompromiss) erhebliche Vorteile brachte.

15 Diese Bewusstwerdung wird auch durch die Reiser-Karikatur des weinenden Proletariers symbolisiert, der 1976 (dem Jahr, in dem sich die Französische Kommunistische Partei von der Diktatur des Proletariats lossagt) in der Zeitschrift *Hara-Kiri* jammert: »Jetzt werde ich nie Diktator!«

16 Bestehen bleibt eine prekäre, schlecht bezahlte und extrem ausgebeutete Arbeiterklassen-Unterschicht, die oft aus Migranten besteht (siehe die sehr harten Streiks der ungelerten Arbeiter noch bis zum Beginn der 1980er Jahre). Bestehen bleiben auch die Randgruppen einer »Vierten Welt« von Menschen, die aus der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft herausfallen. Man sah darin

Die Dynamik der Entkollektivierung

Der Industriekapitalismus hat also auf seinem Höhepunkt jenes komplexe und konzentrierte Gleichgewicht ausbilden können, das Peter Wagner »die organisierte Moderne« nennt.¹⁷ Die gesamte Gesellschaft wird von kollektiven Regulationssystemen beherrscht, die für eine gewisse Umverteilung und vor allem für eine soziale Sicherung sorgen, die auf die große Mehrheit der Bürger in den westlichen Demokratien (in Frankreich, aber auch, mit bedeutenden nationalen Unterschieden, in den Hauptländern Westeuropas) ausgedehnt wird. Dieses System überwindet die Aporien der ersten, »restringiert liberalen Moderne« (Wagner) des beginnenden Industriekapitalismus mit ihrer Vorrangigkeit des Vertrags und ihrer Herrschaft von Notabeln und Eigentümern, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung als Einzige ihre Staatsbürgerschaft voll ausüben können. Diese erste Moderne, die mit der Durchsetzung der Prinzipien des Liberalismus als gesellschaftlicher Gouvernamentalitätsform entstand, konnte die Masse der Arbeiter nicht integrieren, weil sie nicht über die nötigen Mittel und Rechte verfügte, um als vollwertige Bürger zu gelten. Nun aber lässt sie die aufgrund ihrer Arbeit erlangte soziale Bürgerschaft trotz aller weiterbestehenden Ungleichheiten an einem Kontinuum von sozialen Positionen teilhaben, das auch ein Kontinuum von Rechten ist.¹⁸

aber in den 1960er und frühen 1970er Jahren allgemein residuale Formen von Armut und Randständigkeit, die von der weiteren Entwicklung des wirtschaftlich-sozialen Fortschritts teilweise aufgesogen werden und ansonsten die letzten Bataillone der in die Moderne nicht Integrierbaren bilden.

17 Wagner, Soziologie der Moderne.

18 So bleiben zum Beispiel zwischen dem Arbeiter und dem leitenden Angestellten massive Ungleichheiten nicht nur in ihrem Einkommen bestehen, sondern auch in Bezug auf ihren Einfluss und ihr Sozialprestige. Trotzdem haben sie die gleichen sozialen Rechte in Bezug auf Arbeitsrecht und soziale Sicherung. Sie können sich also in ihren Lebensweisen und ihren Möglichkeiten des Zugangs zu bestimmten Gütern sehr unterscheiden, sich aber trotzdem gleichen in ihrer Teilhabe an den sozialen Bürgerrechten. Der Ruhestand ist ein gutes Beispiel für dieses Miteinander des Weiterbestehens großer Ungleichheiten und der gleichzeitigen Demokratisierung sozialer Sicherheit. Kleiner Lohn, kleine Rente – gutes Einkommen, gute Pension. Gleichwohl soll aber das Recht auf Ruhestand allen zumindest die Grundvoraussetzungen sichern, um nicht in Abhängigkeit zu geraten.

Zum Verständnis des aktuellen Wandels muss man aber betonen, dass diese Stellung der Lohnabhängigen von ihrer Eingliederung in *Kollektive* abhing: in großindustrielle Arbeitskollektive, in gewerkschaftliche Kollektive zur Vertretung der einheitlichen Interessen großer sozialer Berufsgruppen, in Tarifvereinbarungen, mit denen der Arbeitnehmer nicht mehr als Einzelner Verträge abschließt und sich stattdessen auf die kollektiv ausgehandelten oder durchgesetzten Errungenschaften stützt, in allgemeinen Regelungen des Arbeitsrechts und der sozialen Sicherung, und all das unter den Fittichen des Sozialstaats als der Kollektivinstanz par excellence. Gewiss ist der Staat kein neutraler Vermittler zwischen den Sozialpartnern. Er ist aber auch nicht mehr bloßes Instrument einer Klassenherrschaft. Immer öfter ist er es, der die Sozialpartner im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu Kompromissen drängt und diese in jedem Fall beglaubigt und gesetzlich fixiert. So kam es zu einem Zusammenwirken zwischen der kollektiven Organisation der Arbeit, der Existenz von Sozialpartnern als kollektiver Akteure und einer starken Präsenz des Sozialstaats, der dem zwischen Kapital und Arbeit ausgehandelten Interessenausgleich Gesetzeskraft gibt.

In dieser Konfiguration *ist das Schützende das Kollektiv*. Es hat sich mit der Entwicklung des Industriekapitalismus als eine fortschreitende *Entindividualisierung* der Arbeitsbeziehungen hergestellt, die dem Aufstieg der »abstrakten Arbeit« entspricht, das heißt der Anerkennung der allgemeinen Bedeutung des Wertes »Arbeit«. Der Arbeitnehmer war nicht mehr ein vereinzelt Individuum, individualisiert durch die direkte Konfrontation mit seinem Arbeitgeber wie beim frühindustriellen »Dienstmietvertrag«, mit dem er sich stets hereingelegt fühlte. Er wird nun in Systeme der kollektiven Gewährleistung des Beschäftigungsverhältnisses und der sozialen Sicherung eingegliedert.

Vor diesem Hintergrund lassen sich Sinn und Bedeutung der großen Transformation, die das neue Regime des postindustriellen Kapitalismus herbeiführt, exakt bestimmen. Sie wird von einer durchgängigen *Entkollektivierungs-* oder *Reindividualisierungstendenz* beherrscht. Wir wollen uns hier damit begnügen, deren Auswirkungen grob schematisch anhand ihrer tiefgreifenden Folgen für die Arbeitsorganisation und die Berufswege zu charakterisieren.

In der Arbeitsorganisation erleben wir zunächst eine wachsende Individualisierung der Aufgaben, die auf Seiten der »Mitarbeiter«, wie man heute gern sagt (von »Arbeitern« zu sprechen ist nicht mehr *up to date*), Mobilität, Anpassungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme verlangt. Das Arbeitskollektiv kann sogar wie in der vernetzten Arbeitsorganisation völlig aufgelöst werden, oder man arbeitet an einem bestimmten Projekt zusammen und geht dann auseinander, um sich in einem anderen Projekt neu zu organisieren.¹⁹ Natürlich betreffen diese Extremfälle die fortgeschrittensten Formen »immaterieller Arbeit«, aber diese Tendenz übt auch einen starken Druck auf die meisten anderen Sektoren der Arbeitsorganisation aus. Beispielsweise werden jene Bastionen der Großindustrie, in denen die großen Montagebänder die Herrschaft tayloristischer Arbeitsteilung durchsetzten, durch diese neuen Anforderungen völlig umgestaltet: Die Arbeit organisiert sich in kleinen, selbstorganisierten Gruppen, die Unternehmen greifen weitgehend auf Zeitarbeiter und Subunternehmer zurück und lagern ihre Produktion im großen Stil aus. Die alten Arbeitskollektive werden zerschlagen und die Beschäftigten in ein Konkurrenzverhältnis versetzt, mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Arbeitersolidarität.²⁰

Auch in den Berufswegen erleben wir diese Flexibilisierung. Wir können diese Anforderung, dass die Arbeitnehmer ihre berufliche Laufbahn selbst in die Hand nehmen, Entscheidungen treffen, Umschulungen machen, sich auf ständige Veränderungen einstellen sollen, mit Ulrich Beck als ein »Biografiemuster« bezeichnen.²¹ Die Karrieren sind diskontinuierlich geworden, nicht mehr in kollektive Regelungen fester Beschäftigungsverhältnisse eingebunden. Der Arbeitnehmerstatus selbst wird durch die Diskontinuität und Fluidität der Laufbahnen erschüttert.

Aufgrund dieser Umwälzungen verallgemeinert sich die *Forderung, als Individuum zu agieren*. Sie kann aber ganz unterschiedliche und sogar gegensätzliche Bedeutungen annehmen. Manche wissen diese neuen Anforderungen sehr gut zu nutzen, schaffen

19 Dazu vor allem: Castells, Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft; Boltanski/Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus.

20 Siehe zum Beispiel Beaud/Pialoux, Die verlorene Zukunft der Arbeiter.

21 Beck, Risikogesellschaft, S. 205ff.

sich die besten Möglichkeiten und stürzen sich in den Wettbewerb. Das sind die Gewinner dieser Veränderungen. Für sie kann die Befreiung aus den kollektiven Einbindungen tatsächlich mehr Leistungsfähigkeit und Autonomie bedeuten. Auf ihrem Erfolg basiert der herrschende Management- oder allgemein neoliberale Diskurs, der den Unternehmergeist und die Leistungen des von den Vorschriften und Zwängen bürokratischer, rechtlicher oder staatlicher Kontrollen »befreiten« Individuums feiert.

Was in der Euphorie solcher Diskurse verschwiegen wird, ist das Schicksal der anderen Gruppen, die im Malstrom dieses Wandels untergehen. Nicht dass es sich um angeborenes Unvermögen handelt. Ihnen fehlt zumeist die Ausbildung, auch die nötige Hilfe. Sie haben nicht das »Kapital«, im Sinne Bourdieus, die Voraussetzungen oder Grundressourcen, oder wie man jene Bedingungen nennen will, die nötig sind, um das Neue konstruktiv bewältigen zu können. Sie sind daher von Entsozialisierung bedroht, indem sie aus den kollektiven Unterstützungssystemen, die ihnen die Grundvoraussetzungen sozialer Unabhängigkeit verschaffen, entweder herausfallen (wie der Langzeitarbeitslose) oder sich nicht in sie eingliedern können (wie der arbeitssuchende Jugendliche, der sich mehr oder weniger geschickt mit etwas Sozialhilfe, etwas familiärer Hilfe, kleinen Jobs oder auch den Geschäften der Schattenwirtschaft »durchschlägt«).

Die Grauzonen einer Gesellschaft der Individuen

Wir müssen diese Existenz einer zunehmenden Zahl von Menschen in unserer Gesellschaftsform, die auf diese Weise von der neuen, seit dreißig Jahren als Folge des Übergangs zu einem neuen Regime des Kapitalismus sich durchsetzenden Konstellation betroffen sind, sehr ernst nehmen. Mit ihr stellt sich die Frage nach den Grenzen des von der herrschenden Ideologie angestimmten Loblieds auf den Aufstieg des Individuums. Es ist richtig, und man braucht gar nicht auf die revolutionären Verheißungen der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte zurückzukommen, dass das Individuum, die Möglichkeit, als freies und mündiges Subjekt zu agieren, den Grundwert der Moderne darstellt. Richtig ist aber auch, dass die Fähigkeit, ein solches Individuum zu sein, nicht von

vornherein und ein für alle Mal gegeben ist, weil das Individuum keine Substanz ist, sondern ein geschichtliches Konstrukt. Es hängt von Voraussetzungen ab, die in der Entwicklungsgeschichte der Moderne geschaffen wurden. Wir können jenes Fundament von Möglichkeiten und Rechten, die der Masse der Individuen in der modernen Gesellschaft (denen, die nicht aufgrund des Privateigentums gesichert und anerkannt waren) die Mittel zu ihrer Unabhängigkeit und dadurch eine soziale Bürgerschaft als Gegenstück zur politischen verschafft haben, als das *Sozialeigentum* bezeichnen.²² Dank der Verallgemeinerung des Sozialeigentums, der Teilhabe an kollektiven Möglichkeiten und Rechten, ist die Fähigkeit, ein vollwertiges Individuum zu sein, nicht mehr das Vorrecht einer Elite, die ihre Unabhängigkeit auf privaten Besitz stützen konnte (in der Terminologie von Peter Wagner ist dies der Übergang von der restringiert liberalen zur organisierten Moderne). So jedenfalls hat man sich bis vor etwa dreißig Jahren den Aufstieg des modernen Individuums vorstellen können. Es sieht aber so aus, als habe sich in dieser Entwicklung neuerdings eine Aufspaltung vollzogen.

Auf der einen Seite setzt sich der Aufstieg des Individuums noch energischer fort. Wir befinden uns mehr und mehr in einer »Gesellschaft der Individuen«, um es mit Norbert Elias zu sagen,²³ in der man immer mehr als ein selbstverantwortlicher sozialer Akteur zu agieren hat. Diese Affirmation individueller Eigenständigkeit kann bis zu der solipsistischen Haltung von Individuen gehen, die über so viele Mittel und Güter verfügen, dass sie sich wie neue Narzissten in ihrer Subjektivität einkapseln und dabei sogar vergessen können, dass sie in einer Gesellschaft leben. Man könnte dann von *Individuen im Übermaß* (*individus par excès*) sprechen. Anderen jedoch fehlen die notwendigen Voraussetzungen für ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Unabhängigkeit. Man könnte sie als *bloße Individuen* (*individus par défaut*) bezeichnen, deren heutige Präsenz beweist, dass die Dynamik der Moderne auch die Möglichkeit einer Dequalifizierung des Individuums mit sich bringt.

22 Siehe Kap. 6, »Im Namen des Sozialstaats«.

23 Elias, Die Gesellschaft der Individuen.

Wir müssen diese Frage zu stellen wagen, die natürlich keinerlei Missachtung dieser Personen impliziert: Wird ein Langzeitarbeitsloser, ein Sozialhilfeempfänger, ein sich durchschlagender Jugendlicher – so wie früher ein Vagabund in der vorindustriellen Gesellschaft oder ein Proletarier in der Frühindustrialisierung, aber das war noch vor der Einführung des Sozialeigentums – tatsächlich als ein vollwertiges Individuum anerkannt und behandelt? Die Antwort lautet nein. Sie sind zwar durchaus Individuen mit ihren Gefühlen und Wünschen, Begierden und Ängsten, die Freud und Leid erfahren wie andere auch. Ihnen fehlen aber die Mittel, um ihre Pläne verwirklichen und selbständige Entscheidungen treffen zu können. Sie leben oft von heute auf morgen, in der Abhängigkeit vom täglichen Bedarf oder vom Wohlwollen anderer, oder von der Sozialhilfe, die ihnen zwar eine Unterstützung gewährt, sie aber spüren lässt, dass sie nicht zur Allgemeinheit gehören. Und sie müssen teuer dafür bezahlen, dass sie sich nicht selbst helfen können. Die aktuelle Kampagne gegen die Sozialhilfeempfänger, die dem »Frankreich, das früh aufsteht« (Sarkozy) auf der Tasche liegen, und sogar gegen die Arbeitslosen, die dies angeblich »freiwillig« sind, erinnert uns daran, dass die jahrhundertealte Verurteilung der »schlechten Armen« weiterlebt und die Opfer schnell zu Tätern gestempelt werden. So zu leben stellt eine so problematische Form dar, ein Individuum zu sein, dass sie mit der herrschenden Auffassung des im Gefolge der Menschenrechtserklärung gefeierten freien und mündigen Individuums nicht mehr viel zu tun hat. Die Auswirkungen der Individualisierung sind also gegensätzlich. Sie gibt den einen die besten Chancen und nimmt sie den anderen weg. Sie tendiert letztlich zu einer Aufspaltung in zwei Arten von Individuen, von denen die einen mit allem versorgt sind, während den anderen die nötigen Mittel fehlen, um ihre sozialen Bestrebungen verwirklichen zu können.

Natürlich handelt es sich hier um zwei Extreme in einem Spektrum, das alle möglichen Abstufungen zulässt. Der entscheidende Punkt ist aber, dass wir uns mit diesem Spektrum nicht mehr im Rahmen des Kontinuums der Positionen in der Arbeitsgesellschaft befinden, das, wie wir festgestellt haben, die Möglichkeit bot, Ungleichheiten, auch heftig kritisierte, mit starken allgemeinen Absicherungen zu verbinden. Das eigentliche Merkmal der jetzigen Konstellation ist nicht, dass sich die Ungleichheiten ver-

schärfen, auch wenn sie dies tatsächlich tun (die Reichen werden, grob gesagt, immer reicher und die Armen immer ärmer, und sie würden es noch mehr, wären nicht verschiedene Maßnahmen ergriffen worden, um diesen Abstiegstendenzen durch soziale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Eingliederungspolitik und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung, Stadtpolitik etc. entgegenzuwirken). Noch wichtiger als diese Vertiefung der Ungleichheiten ist aber die Tatsache, dass wir einen Umbau des Sozialsystems selbst erleben, der die »bloßen Individuen« auf schlechtere Absicherungsformen verweist. Sie werden also nicht nur durch die fehlende Eingliederung in das Beschäftigungssystem (und den dadurch fehlenden Schutz der auf ihm beruhenden gesetzlichen Sozialversicherung), sondern auch durch die Einrichtungen abgewertet, die Zeiten der Beschäftigungslosigkeit und fehlende Absicherungen aufgrund von Erwerbstätigkeit abfedern sollen.

Tatsächlich werden seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr bedarfsabhängige Leistungen an nicht in den Arbeitsmarkt eingegliederte Bevölkerungsgruppen gezahlt (System der sozialen Mindesteinkommen, in Frankreich vor allem durch den RMI [*revenu minimum d'insertion*] repräsentiert). Diese Leistungen liegen allesamt unter denen der auf Erwerbstätigkeit beruhenden Sozialversicherung. Sie sind auch allesamt an Bedingungen geknüpft: Die Betroffenen müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen. Und sie müssen sich auch zunehmend auf das Prinzip der Gegenleistung einlassen: Die Empfänger sollen an den ihnen angebotenen Unterstützungsmaßnahmen mitwirken. Das Schlagwort der »Aktivierung passiver Ausgaben« ist in Frankreich zum Leitmotiv der Neuordnung staatlicher Maßnahmen geworden. Es bedeutet, dass die Mittel und Dienstleistungen nicht mehr automatisch vergeben werden; die Empfänger müssen etwas dafür tun.

Diese Entwicklung bringt sowohl das Vordringen eines marktorientierten Denkens auf sozialem Gebiet (»Fördern und Fordern«, »Keine Leistung ohne Gegenleistung«) wie auch die Ausweitung des Appells an die Eigenverantwortung des Einzelnen zum Ausdruck, der an den Maßnahmen zu seiner Wiedereingliederung mitwirken soll (»Hilfe zur Selbsthilfe«). Sie stellt damit den Triumph des Individualisierungsprinzips dar, das nun auch für Menschen gelten soll, die sich in den verschiedensten, zum Teil schwierigsten Situationen befinden – zum Beispiel der Realisie-

rung eines beruflichen Vorhabens oder der Neuorientierung ihrer Lebensverhältnisse zu einem Zeitpunkt, wo man seit Monaten, wenn nicht Jahren ohne Beschäftigung ist und Tag für Tag mit den Schwierigkeiten des Überlebens kämpft.

Diese Art von Untersuchungen, die mir heute zur Einschätzung der positiven, manchmal aber auch mehr als problematischen Stellung des Individuums in der Moderne grundlegend scheinen, gilt es weiterzuführen.²⁴ Sie betreffen den Umbau der sozialen Sicherung und der Sozialpolitik, aber auch bestimmte Felder von Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Tatsächlich scheint es diesen »bloßen Individuen« nicht nur an Arbeit zu mangeln. Mit der Verschlechterung des Arbeitnehmerstatus und der Zunahme von Formen der Unterbeschäftigung sind es auch immer mehr Arbeitnehmer (zum Beispiel die »erwerbsarmen«), denen es an den nötigen Voraussetzungen ihrer vollen Anerkennung als Individuen mangelt. Die bloßen Individuen sind nicht mehr nur die Empfänger dessen, was man früher »Fürsorge« und heute Sozialhilfe nennt. Sie können auch arbeiten, erwerbstätig sein, weil es immer mehr Tätigkeiten gibt, die nicht mehr im vollen Sinne Beschäftigungsverhältnisse sind. Es entwickelt sich also eine hybride Zone zwischen Arbeit und Nichtarbeit, Absicherung und Unterstützung, Integration und Entkoppelung (*désaffiliation*), in der es an den nötigen Voraussetzungen zur Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Unabhängigkeit fehlt. Unsere späte Moderne, die zu einer »Gesellschaft der Individuen« wird, enthält viele Grauzonen, und diese etwas beschämenden Teile des Gesellschaftskörpers zu erkunden scheint mir heute eine Hauptaufgabe der Soziologie zu sein.

Eine Risikogesellschaft?

Eine Gesellschaft, die mehr und mehr zu einer »der Individuen« wird, ist auch eine Gesellschaft, in der die Unsicherheit exponentiell zunehmen könnte, weil es an kollektiven Regulationssystemen zur Bewältigung existentieller Risiken fehlt. Sie ist deshalb eine Gesellschaft, in der das Risiko allgegenwärtig wird und zu der to-

²⁴ Siehe den Schluss, »Die Herausforderung, ein Individuum zu werden«.

talisierenden Vorstellung einer »Risikogesellschaft« führt.²⁵ Dass wir uns in einer solchen befinden, ist ein anderer Ausdruck dafür, dass wir in unsicheren Zeiten leben. Es scheint mir aber immerhin heilsam, anhand unterschiedlicher Inhalte eine Einordnung dieser Konjunktur der Risikotheematik vorzunehmen, um ihre Bedeutung zu präzisieren und die von vielen unserer Zeitgenossen gern verallgemeinerten Risikoängste etwas zu relativieren. Wir können in der heutigen Gesellschaft zumindest drei Hauptformen von Risiken unterscheiden. Ich will vor allem deutlich machen, dass sie sehr wenig miteinander zu tun haben.

Eine erste Konstellation von Risiken bezieht sich auf den Begriff des *sozialen Risikos*. Es ist zweifellos das Erste, das man genau identifizierte, und auf jeden Fall das Erste, das man wirksam bewältigt hat, und zwar durch den Aufbau einer »Versicherungsgesellschaft«, die diese Art von Risiken durch die vom Sozialstaat garantierte Pflichtversicherung mutualisiert.²⁶ Darauf beruht im Kern unsere Auffassung von sozialer Sicherung, wie sie sich vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich (und mit signifikanten Varianten in den wichtigsten westlichen Demokratien) durchgesetzt hat.²⁷

Wir befinden uns nach wie vor in dieser Formation, und sie ist nach wie vor die Grundlage für unser soziales Netz. Eine der Hauptkonsequenzen der gegenwärtigen »großen Transformation« ist aber zumindest dessen Fragilität. Wir werden im Fortgang dieses Buches verschiedene Analysen vorlegen, die das Ausmaß dieses Wandels verdeutlichen sollen. Vereinfacht ließe sich sagen, dass die Systeme der Risikoabsicherung heute vor allem mit zwei Herausforderungen konfrontiert sind. Die erste besteht darin, dass Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen nicht nur die Finanzierung des zum Großteil auf Arbeitnehmerbeiträgen beruhenden Systems gefährden, sondern auch dessen Allgemeinheit in Frage stellen, weil ein zunehmender Teil der Bevölkerung, der keine Arbeit hat oder sich in höchst prekären Arbeitsverhältnissen befindet, von dieser Form der Risikoabsiche-

25 Beck, Risikogesellschaft.

26 Ewald, Der Vorsorgestaat.

27 Siehe dazu die gute Darstellung der schrittweisen Einführung dieses Systems der gesetzlichen Sozialversicherung in der französischen Gesellschaft bei Paller, Gouverner la Sécurité sociale.

nung nicht mehr »abgedeckt« wird. Die zweite Herausforderung hängt mit dem seit zwanzig Jahren stattfindenden Auftauchen neuer *sozialer* Risiken zusammen. So dem »Pflegefallrisiko«, das nicht eigentlich »neu«, aber durch die Verlängerung der allgemeinen Lebenserwartung auch kein Randphänomen mehr ist. Ebenso der Risiken durch den Zerfall der Familienstrukturen. Die »Einkelfamilien« werfen zum Beispiel Betreuungsprobleme auf, die das Versicherungssystem nicht übernehmen kann. Hinzu kämen heute das »Arbeitslosigkeits-« und das »Prekaritätsrisiko«, Risiken, die zwar gleichfalls nicht neu sind, aber ein solches Ausmaß angenommen haben, dass sie unser Sozialsystem tiefgreifend destabilisieren.

Die Situation ist also zum jetzigen Zeitpunkt nicht unter Kontrolle. Die versicherungstechnische Mutualisierung der sozialen Risiken durch die Solidargemeinschaft war und ist zweifellos das wirksamste Mittel zur Bekämpfung einer sozialen Unsicherheit, die das jahrhundertelange Schicksal einer Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung war. Diese Möglichkeit ist heute sowohl finanziell wie auch strukturell in Frage gestellt. Mir scheint aber, dass sich die Problematik der sozialen Risiken weiter in diesem Rahmen denken lässt, wenn man nach den Möglichkeiten ihrer Flexibilisierung und Ausweitung fragt. Es gilt, zwischen dem, was bei der Abdeckung sozialer Risiken in der persönlichen Verantwortung liegen kann, und dem, was Aufgabe der Solidargemeinschaft sein muss, eine schwierige Diskussion zu führen und ein Gleichgewicht herzustellen. Zum Beispiel ließe sich das Pflegefallrisiko auch in Frankreich durchaus mutualisieren, aber wie und in welchem Maße kann oder soll dies geschehen? Auf diese Fragen, die in einigen der nachfolgenden Kapitel behandelt werden, gibt es keine einfachen Antworten. Die gesetzliche Sozialversicherung ist nach wie vor ein ausgezeichnetes Modell der wirksamen Bekämpfung sozialer Unsicherheit, aber ihre Voraussetzungen und Anwendungsfelder gilt es in der jetzigen Situation ernsthaft zu diskutieren.

Ganz anders die Konstellation, die dazu veranlasst, von »Risikogruppen« zu sprechen. Sie ergibt sich aus einer im Laufe des 20. Jahrhunderts vollzogenen Verschiebung vom Gefährlichkeits- zum Risikobegriff. So gibt es gefährliche oder als gefährlich betrachtete Bevölkerungsgruppen wie die Wahnsinnigen, die es ein-

zusperren galt, oder die Straffälligen, die es zu verurteilen galt. Diese Interventionstechniken sind jedoch schwerfällig, kostspielig und ohne präventiven Wert. Der Wahnsinn musste bereits ausgebrochen oder das Verbrechen begangen sein, damit der Arzt oder Polizist einschreiten und die Fürsorge- oder Heilanstalten, Strafvollzugs- oder Justizbehörden aktiv werden konnten. Es waren Stückwerkaktionen, die oft erst in Gang gesetzt wurden, wenn das Kind bereits im Brunnen lag.

Die Dinge würden sich anders darstellen, wenn man sie als *Risikofaktoren* begreift. Wer von Risikofaktoren ausgeht, kann ein unerwünschtes Ereignis antizipieren, bevor es eintritt. Statt eine Gefahr festzustellen, stellt man eine Kombinatorik von Faktoren auf, die sie mehr oder minder *wahrscheinlich* machen. Dieses Risikodenken führt zu einer ganz neuen Form der Überwachung von Bevölkerungsgruppen, ihrer *vorausschauenden Verwaltung aus der Distanz*. Das panoptische System Benthams, das durch Foucault Bekanntheit erlangte, setzt noch die Kopräsenz von Überwachendem und Überwachtem voraus. Mittlerweile lässt sich eine mögliche Gefahr ganz unabhängig von der Person ausmachen, die sie verkörpert. Die Risikogruppen werden durch die Dekonstruktion der Individuen konstruiert: An die Stelle von Menschen aus Fleisch und Blut tritt das Gewölck statistischer Korrelationen.

Ein solches Risikodenken bewirkt gleichzeitig eine regelrechte Mutation der Formen beruflichen Umgangs mit anderen. Der Arzt muss seinem Patienten gegenüberstehen, wie die Sozialarbeiterin ihrem Klienten oder der Polizist dem Delinquenten, den er verhaften will. Diese Beziehung kann sich gut oder schlecht entwickeln, stellt aber eine Form der Begegnung und darüber hinaus die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit dar, die sich durch einen zwischenmenschlichen Austausch vollzieht. Die Konstruktion von Risikogruppen bringt einen ganz anderen Typ des Beamten oder Experten hervor. Er arbeitet weit entfernt, in einer Verwaltung oder in einem Ministerium, vielleicht auch in irgendeinem Büro, das kaum jemand kennt. Er sammelt Informationen, gleicht Daten ab, erstellt Profile. Er hat Sie nie gesehen, und Sie bekommen ihn nie zu Gesicht. Sie könnten aber eines Tages von seinen Berechnungen auf die eine oder andere Weise betroffen sein.

Diese Tendenz scheint mir seit jenen frühen 1980er Jahren, als ich diesen Übergang von der Gefährlichkeit zum Risiko und die

ersten Implikationen dieses Risikomanagements zu erforschen begann,²⁸ zugenommen und neue Varianten entwickelt zu haben. Und zwar aus zumindest zwei Gründen. Einerseits haben sich die technischen Voraussetzungen dieser Operationen fantastisch entwickelt, und unsere soziale Welt hat sich um ein Netzwerk erweitert, in dem alle nötigen Informationen zur Konstruktion aller möglichen und denkbaren Risikoprofile zirkulieren.²⁹ Andererseits hat sich unser Risikobewusstsein seit mehr als zwanzig Jahren erheblich verschärft. Wenn das Risiko allgegenwärtig ist und uns solche Angst macht, müssen wir ihm zu Leibe rücken, alle Risiken erkennen, sie aufspüren und ausschalten. Die Konstruktion von Risikogruppen und individuellen Risikoprofilen ist, so gesehen, ein hervorragendes Instrument, das ungeahnte Perspektiven eröffnet.

Natürlich dürfen wir diese Möglichkeiten nicht einseitig (paranoid?) interpretieren. Wenn Vorbeugen besser ist als Heilen, kann es wichtig sein, über die Möglichkeit eines unerwünschten Ereignisses informiert zu werden, bevor es eintritt. Doch wer erstellt diese Daten, wer kontrolliert sie, und welche Zwecke werden eigentlich damit verfolgt? Dieses Risikodenken kann eine ungeheure Macht in den Händen von Experten und Entscheidungsträgern sein, die hoffentlich kompetent und hellichtig sind, aber so hoch über den Köpfen der Bürger thronen wie die Götter auf dem Olymp.³⁰ Auch wenn diese Entwicklung nicht notwendigerweise zu Szenarien wie in dem Film »Minority Report« führt, ist sie zumindest beunruhigend – was einigermassen paradox ist, wenn es um die Abwendung von Risiken geht.

Es gibt noch eine dritte Risikokonstellation, auch sie ganz anderer Art als die zuvor genannten. In den 1980er Jahren begann man von »neuen Risiken« zu sprechen, vor allem in Bezug auf die fatalen Folgen, die sich gleich einem Bumerangeffekt aus der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der unkontrollierten Ausbeutung unseres Planeten ergeben. So die Nuklearkatastrophen vom Typ Tschernobyl, der Treibhauseffekt und die Erder-

28 Castel, *La Gestion des risques*.

29 Lianos, *Le Nouveau Contrôle social*.

30 Ich habe mich mit diesem Problem beschäftigt in Castel, »Savoir d'expertise et production de normes«.

wärmung, der »Rinderwahnsinn« oder die gesundheitliche Gefährdung durch toxische Industrieprodukte. Diese Risiken haben sich dermaßen vermehrt und verstärkt, dass man die Zukunft der Zivilisation nicht mehr, wie zu den Zeiten der verlorenen Illusionen, im Zeichen des Fortschritts, sondern in dem der Bedrohung begreifen müsste. Unsere Gesellschaft ist eine »Risikogesellschaft«. Ulrich Beck geht so weit zu sagen, »dass die Erde zu einem Schleudersitz geworden ist«, ³¹ was mir die Grenzen des gesunden Menschenverstands zu überschreiten scheint. Die große Publizität seines Buches (das im Jahr der Tschernobyl-Katastrophe erschien) macht allerdings deutlich, dass diese Dramatisierung einem weit- hin verbreiteten Risikobewusstsein entspricht.

Man könnte sich fragen, warum gerade diejenigen Gesellschaften, in denen die dramatischsten Risiken wie der Hunger oder die größten sozialen Existenzgefährdungen gebannt worden sind, dieses verschärfte Risikobewusstsein entwickeln. Es ist, als seien bei einem bestimmten Niveau der erreichten Sicherung die verbleibenden Risiken nicht mehr tolerabel und schlichtweg inakzeptabel geworden. Man wird aber das Problem nicht dadurch los, dass man diese allgemeine Risikofurcht zu einem bloßen Wohlstandsphantasma erklärt. Das übersteigerte Risikodenken ist zum Bestandteil unserer sozialen Realität geworden, und die heutige Risikoproblematik hängt zum großen Teil damit zusammen, dass die Vermehrung der Risiken und die Verquickung verschiedener Risikotypen nicht nur ein verzweifertes Sicherheitsbedürfnis nährt, sondern auch eine allgemeine Angst vor der Unsicherheit schürt.

Die Antwort kann nicht die völlige Beseitigung aller Risiken sein, der Mythos einer absoluten Sicherheit, die nur nach dem Tode zu haben ist. Vielleicht liegt heute das größte Risiko darin, das Boot der Risiken so sehr zu überfrachten, dass wir durch ihre Vielzahl untergehen, weil wir nicht wissen, wie wir mit ihnen umgehen sollen. Angesichts der vorhandenen Kenntnisse und Verfahren, aber auch der dafür aufwendbaren finanziellen Mittel, die nicht unbegrenzt sind, kann man nicht alle Risiken gleichermaßen bekämpfen. Das macht es notwendig, heute so etwas wie eine risikenbezogene Deontologie zu entwickeln. Sie würde die Risiken

31 Beck, Risikogesellschaft, S. 50.

unterscheiden, gegen die Tendenz angehen, sie alle in einen Topf zu werfen, und darüber entscheiden, mit welchen von ihnen wir uns vorrangig beschäftigen sollten.

Unterscheiden statt in einen Topf werfen: Ich habe eine solche Unterscheidung dreier Risikokonstellationen skizziert, die man natürlich weiterverfolgen und ausführen müsste. Man sieht aber schon, dass sich diese Risikotypen nicht eigentlich summieren lassen, weil sie ihrem Ursprung, ihrer Form und ihren möglichen Konsequenzen nach ganz verschiedenartig sind. Sie sind also nicht kumulierbar, jedenfalls solange man nicht nur das im Sinn hat, was sie tatsächlich gemeinsam haben, nämlich das Heraufbeschwören von Gefahren und Ängsten. Das Summieren von Ängsten ist aber noch nie ein guter Ratgeber gewesen, weder theoretisch noch praktisch. Die Verquickung der Risiken hat eher gedankliche Konfusion und praktische Ohnmacht zur Folge.³²

Zweite Regel: sich zu fragen, welche Möglichkeiten man hat (oder auch nicht), um mit den Risiken fertig zu werden. Bei jeder Risikoanalyse müsste man gleichzeitig darüber nachdenken, mit welchen Techniken man ihnen begegnen kann. Nicht nur die Risiken selbst, auch die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung dürfen nicht miteinander vermengt werden. Ein soziales Risiko, das auf die Solidargemeinschaft umgelegt werden kann, lässt sich nicht auf dieselbe Weise bewältigen wie die Risiken, die sich aus dem Profil einzelner Risikogruppen ergeben können, oder wie die Gefahren des Treibhauseffekts.

Anhand dieser Grundlagen müsste man das Problem der Prioritäten in Angriff nehmen. Wenn es offensichtlich absurd wäre, eine objektive Rangordnung von Risiken aufstellen zu wollen, könnte doch die Einschätzung, wie gravierend sie sind, und die Frage, ob man etwas gegen sie tun kann, Kriterien liefern, mit welchen von ihnen man sich vorrangig beschäftigen sollte. Angesichts der Anliegen dieses Buches ist es nicht weiter verwunderlich, dass für mich die sozialen Risiken grundlegend sind. Sie sind besonders schwerwiegend, weil sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt be-

32 Die fatalen theoretischen wie auch politischen Konsequenzen der heute so oft vorgenommenen Verquickung zwischen den Faktoren der öffentlichen Unsicherheit (dem Problem der Kriminalität, grob gesagt) und denen der sozialen Unsicherheit (des sozialen Zerfalls) habe ich ausführlicher analysiert. Vgl. Castel, Die Stärkung des Sozialen.

drohen, und gleichzeitig sind wir ihnen dank der seit mehr als einem Jahrhundert entwickelten sozialen Sicherungssysteme nicht völlig ausgeliefert. Es scheint mir daher vordringlicher, die immer gravierender werdende Frage der Pflegebedürftigkeit älterer Menschen in Angriff zu nehmen, als sich vor dem »Rinderwahnsinn« zu ängstigen. Das soll natürlich nicht heißen, dass nicht auch andere als die sozialen Risiken wichtig sind. Ich denke hier besonders an die dramatischen Folgen der Erderwärmung, das heißt an die dringende Notwendigkeit, alle erforderlichen Mittel und politischen Druckmittel zu ihrer Bewältigung zu mobilisieren. Diese Mittel konkurrieren auch gar nicht mit denen, die die sozialen Risiken betreffen, weil sie auf einer ganz anderen Ebene angesiedelt sind. Es geht aber nicht darum, zwischen den Risiken ein Konkurrenzverhältnis herzustellen. Es geht um die Möglichkeit, die wirksamsten Entscheidungen zu ihrer Reduzierung zu treffen, was meiner Ansicht nach die Dekonstruktion des derzeit vorherrschenden totalisierenden Risikodenkens voraussetzt.

Die Frage(n) des Sozialstaats

Dieses Auswuchern der Risiken hat die Kapazitäten des Sozialstaats in Frage gestellt: Wie soll er all diese Unsicherheitsfaktoren kontrollieren?³³ Natürlich stellen die gesamten Umwälzungen, von denen die französische Gesellschaft seit einem Vierteljahrhundert betroffen ist, auch ganz allgemein die Form des Staates in Frage, der den sozialen Kompromiss des Industriekapitalismus gestiftet hat: einen *État protecteur* (Vorsorgestaat), der sich auf die Formen kollektiver Organisation der Arbeit stützte, um eine Allgemeine Sozialversicherung zu gewährleisten. Wir können zwei Fragenkomplexe unterscheiden, die heute dazu führen, die Pro-

33 Hier setzt auch die liberale Version der pauschalen Risikoideologie an. Wenn die Risiken überall sind und vom Sozialstaat nicht mutualisiert werden können, muss sich der Einzelne, der ihnen ausgesetzt ist und selbst einen Risikofaktor darstellt, selbst für sie verantwortlich fühlen und selbst versichern (wenn er es kann, und das heißt in der Regel: bezahlen kann). Damit verschiebt sich die Hauptverantwortung für die Bewältigung der Risiken von der Allgemeinheit auf das Individuum, von der Solidargemeinschaft auf die private Versicherung. Siehe dazu Ewald/Kessler, »Les Noces du risque et de la politique«.

blematik des Sozialstaats neu zu formulieren. Sie beziehen sich auf den Umfang seiner Tätigkeiten und auf die Modalitäten seiner Umgestaltung.

a) *Auf seine Tätigkeiten:* Die hinter uns liegende Periode bezeichnete das Ende der Vorherrschaft des »Sozial-Nationalstaats« (*État national social*). Ich will mit diesem Begriff, der natürlich nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hat, das Hauptmerkmal des Sozialstaats bezeichnen: dass er im nationalen Rahmen entstand, weil die Hauptfaktoren seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von der Nation – oder de facto mehreren, den »am höchsten entwickelten« Nationen Westeuropas – kontrolliert wurden.³⁴ Dieser von mir als »Wachstumsstaat« bezeichnete Staat bedient sich einer keynesianischen Politik, die durch die wirtschaftliche Entwicklung die gesellschaftliche Nachfrage steigert, die wiederum für Wachstum sorgt. Ein Beispiel wäre der gaullistische Staat, der gewiss nie ein »linker« war, aber nichtsdestoweniger die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung der französischen Gesellschaft vorantrieb und gleichzeitig eine konsequente Sozialpolitik und ein großangelegtes Programm der gesetzlichen Kranken- und Sozialversicherung durchgesetzt hat.

Mit der Globalisierung der Märkte, dem freien Waren- und Kapitalverkehr wird dieser Nationalstaat nicht mehr die nötige Autonomie haben, um seine Wirtschafts- und Sozialpolitik selbst zu beschließen und durchzusetzen. Das gilt schon jetzt für Europa, das auf diesen beiden Gebieten um den Preis der Einschränkung einzelstaatlicher Souveränität aufgebaut wird. In Frankreich wurde es uns nach dem gescheiterten Versuch bewusst, nach dem Machtantritt Mitterrands im Jahre 1981 eine neue keynesianische Politik zu betreiben. Die innereuropäischen Verflechtungen sind bereits so massiv, dass Frankreich keinen eigenen Weg gehen kann, ohne aus Europa auszusteigen. Die von der »pluralen Linken« zwei Jahre später vollzogene Wende wurde zuweilen als Abschied vom Sozialismus gedeutet, aber wie immer man diese Entscheidung bewerten mag, sie bringt jedenfalls das Bewusstsein zum Ausdruck, dass der Nationalstaat über seine Wirtschafts- und Sozialpolitik

³⁴ Zu den Formen der Sozialpolitik im internationalen Vergleich siehe Merrien u. a., *L'État social*.